



INFODIENST

Neues aus Landespolitik und Liga

INHALT

SEITE

LANDESPOLITIK UND LIGA	3
Liga-Mitgliederversammlung und Agenda 2018.....	3
Wechsel im Vorsitz der Liga-Ausschüsse.....	4
Schulterschluss in Baden-Württemberg für Kinder suchtkranker Eltern.....	4
SCHULTERSCHLUSS II.....	5
Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Erfolge, Herausforderungen, Perspektiven.....	5
Landesförderprogramm "Gemeinsam sind wir bunt":	5
Geschäftsführender Liga-Vorstand 2018 nimmt seine Arbeit auf	6
Liga-Vorsitzender wendet sich an Ministerpräsident Kretschmann wegen EU-Haushalt nach 2020.....	7
Teilhabe von Menschen mit Behinderung	7
AWO	7
DER PARITÄTISCHE	7
Fachkongress „Zukunftsmodell (Sozial-)Genossenschaften“	7
Land will Arbeitshilfe zur Erkennung von Kindeswohlgefährdung für Jugendämter entwickeln.....	8
Bundestag berät über Vorschläge zur Änderung des Gesetzes „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ (§ 219a StGB)	8
DIAKONIE BADEN	8
Eine Profilierung des Sozialen	8
Diakonie Baden mit neuem Aufsichtsrat	9
DIAKONIE WÜRTTEMBERG	9
Das Soziale wieder mehr ins Zentrum stellen.....	9
CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART	10
427.000 Euro für Kampf gegen Fluchtursachen und für menschenwürdiges Leben.....	10

- Mehr Chancen für benachteiligte Kinder in Württemberg.....10
- CARITAS FREIBURG 10**
 - Achtsam zu Hause pflegen und begleiten.....10
 - Jahresauftakt: Zu wenige und zu teure Wohnungen gefährden sozialen Zusammenhalt11
 - Die Richtung stimmt.....11
 - Eng mit der Caritas verbunden11
 - Caritas-Projekt begleitet Langzeitarbeitslose auch nach erfolgreicher Vermittlung in den Job.....12
- NOTIZEN 12**
- TERMINE 12**
 - save the date Transnationaler Fachtag „Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit“12
 - 1. Paritätischer Gesundheitskongress in Kooperation mit der BGW „Apfel. Zukunft. Achtsamkeit. Führung 4.0“12
 - Fortbildungsreihe Integrationsmanager*innen13
 - Deutscher Fürsorgetag.....13

LANDESPOLITIK UND LIGA

Liga-Mitgliederversammlung und Agenda 2018

Am 1.2. kam die Liga-Mitgliederversammlung (MV) beim Caritasverband der Diözese-Rottenburg Stuttgart zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In der MV sind die Mitglieder des Liga-Vorstands und die Vorsitzenden der Liga-Ausschüsse vertreten.

Der Liga-Vorsitzende begrüßte alle und insb. die neu in den Liga-Vorstand gewählten Mitglieder und Ausschussvorsitzenden und wünschte erfolgreiches Zusammenwirken und gutes Gelingen. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Jahresplanung des Vorstands und der Ausschüsse sowie die Vorbereitung von fachpolitischen Gesprächen wie z. B. dem für April geplanten Austausch mit den Mitgliedern des Sozialausschusses im Landtag und Fachtagungen (we).



Blick in die Mitgliederversammlung.

Wechsel im Vorsitz der Liga-Ausschüsse

Bei der Liga-MV am 1.2. wurden die Leitungsteams der Liga-Ausschüsse 2018-2019 bestätigt; bei vier der acht Liga-Ausschüsse gab es einen Wechsel im Vorsitz.

Alter und Gesundheit:

Beatrix Vogt-Wuchter, Diakonisches Werk Baden; ihre Stellvertreter sind Dr. Marlies Kellmayer DiCV R/S und Rolf Hitzler AWO B

Arbeit und Existenzsicherung:

Holger Hoffmann, Diakonisches Werk Baden. Seine Stellvertreter sind Heiner Heizmann DiCV R/S und Ralf Nuglisch Parität.

Ehrenamt Freiwilligendienste und Bürgerschaftliches Engagement:

Wolfgang Hinz-Rommel, Diakonisches Werk Württemberg, sein Stellvertreter ist Andreas Formella, DRK B

Finanzen:

Heike Ackermann, Parität. Ihre Stellvertreter sind Jürgen Müller, DiCV Fr, Günther Zinkgraf, AWO B und Michael Futterer, DW B.

Kinder Jugend Familie:

Michael Spielmann, DiCV Freiburg, Mathias Reuting, DW W und Lohr, AWO W.

Migration:

Jürgen Blechinger, Diakonisches Werk Baden, seine Stellvertreter sind Mervi Herrala CV R/S und Georg Ceschan, AWO W.

Psychiatrie und Behindertenhilfe:

Ekkehard Janson, Diakonisches Werk Baden; seine Stellvertreter sind Andreas Riesterer DiCV Fr und Cornelia Meyer-Lentl, Parität.

Suchtfragen:

Oliver Kaiser, Parität, seine Stellvertreterin ist Birgit Wieland, DW Württemberg.

Schulterschluss in Baden-Württemberg für Kinder suchtkranker Eltern

14. Februar 2018 Landesprojekt startet zur bundesweiten Aktionswoche

In Baden-Württemberg gibt es rund 150.000 Kinder unter 15 Jahren, deren Eltern suchtkrank sind. Diese Kinder haben ein bis zu sechsfach höheres Risiko, selbst suchtkrank zu werden oder eine psychische Erkrankung zu entwickeln. Baden-Württemberg ruft erneut zum SCHULTERSCHLUSS zwischen Jugendhilfe und Suchthilfe auf um diesen Kindern frühzeitig zu helfen und startet zum zweiten Mal das gleichnamige Projekt.

Jugendhilfe und Suchthilfe sollen Hilfe gemeinsam und „aus einer Hand“ entwickeln. Aufbauend auf Netzwerkstrukturen im Bereich Kinderschutz und den kommunalen Suchthilfenetzwerken sollen Fachkräfte aus Jugendhilfe und Suchthilfe eine verbesserte Kooperation auf örtlicher Ebene auf den Weg bringen.

„Vergessenen Kindern eine Stimme geben“ – so das Motto der bundesweiten Aktionswoche, in der der Startschuss für das Projekt SCHULTERSCHLUSS fällt. Die Projektträger Landesstelle für Suchtfragen und das KVJS-Landesjugendamt laden gemeinsam mit dem fördernden Ministerium für Soziales und Integration zum Pressegespräch ein.

SCHULTERSCHLUSS II

Das Ministerium für Soziales und Integration fördert erneut die Zusammenarbeit von Suchthilfe und Jugendhilfe für eine bessere Hilfe für Kinder suchtkranker Eltern. Im Rahmen der bundesweiten „Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien“ fällt der Startschuss für das Projekt SCHULTERSCHLUSS II.

In Baden-Württemberg sind rund 150.000 Kinder unter 15 Jahren von dem Schicksal betroffen, dass ihre Eltern Suchtprobleme haben. Diese Kinder erleben eine gravierende Beeinträchtigung und Gefährdung ihrer persönlichen Entwicklung und sind selbst stark suchtgefährdet. Bei rund 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die von der Jugendhilfe betreut werden, gibt es eine solche Suchtbelastung in der Familie. Das Ministerium für Soziales und Integration fördert nun erneut das Projekt SCHULTERSCHLUSS mit rund 48.000 Euro, damit den Kindern und Jugendlichen durch eine bessere Zusammenarbeit und verbindlichere Kooperation von Suchthilfe und Jugendhilfe effektiver geholfen wird.

Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Erfolge, Herausforderungen, Perspektiven

Sehr geehrte Damen und Herren, als IQ Netzwerk Baden-Württemberg haben wir am 18. September 2017 eine Fachtagung zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten organisiert.

Notwendig war solch eine Fachtagung deshalb, da sich seit 2015 beim Thema Migration und Flucht auf politischer und gesellschaftlicher Ebene viel verändert hat. Das Thema „Flüchtlinge“ steht mittlerweile ganz oben auf der Agenda. Jenseits der politischen und medialen Kontroversen und trotz der Krisenmeldungen, die angesichts der Wohn- und Versorgungssituation der Geflüchteten damals täglich gemeldet wurden, haben viele Akteure damit begonnen, Strukturen und Angebote aufzubauen, um Unterstützung anzubieten und die Chancen der Geflüchteten auf Teilhabe an der Gesellschaft zu verbessern. ([Dokumentation](#))

Landesförderprogramm "Gemeinsam sind wir bunt":

Mit dem Ende des Jahres 2017 fand auch das vom Ministerium für Soziales und Integration aufgelegte Programm "Gemeinsam sind wir bunt" seinen offiziellen Abschluss. Mitte 2015 waren 25 Projekte an den Start gegangen, um Empfehlungen der Landesengagementstrategie im jeweiligen Sozialraum modellhaft umzusetzen. Neben den kommunalen Fachberatungen für Bürgerschaftliches Engagement hatte die Liga eine der vier Prozessbegleitungen übernommen und sechs Projekte beraten und unterstützt. Mit ihren inhaltlichen

Schwerpunkten deckten die Vorhaben wesentliche Bereiche ab, die auch in der Landesengagementstrategie als zentrale Handlungsfelder beschrieben sind.

Geschäftsführender Liga-Vorstand 2018 nimmt seine Arbeit auf

Am 1. Februar kam der geschäftsführende Vorstand der Liga in der neuen Zusammensetzung zusammen: Der Vorstandsvorsitzende Reinhold Schimkowski begrüßte seine beiden Kolleginnen: Frau Mathea Schneider in der Nachfolge von Msgr. Appel vom Diözesancaritasverband Freiburg und Frau Birgit Wiloth-Sacherer vom DRK Baden. In der ersten Sitzung befasste sich der geschäftsführende Vorstand mit der Liga-Agenda für die Amtsperiode 2018. In der darauf folgenden Sitzung der Liga-Mitgliederversammlung wurden die Schwerpunktthemen des Vorstands und der Ausschüsse bearbeitet und eine Jahresplanung aufgestellt (we).



Von links: Mathea Schneider, Vorstand des Caritasverbands für die Erzdiözese Freiburg e.V., Reinhold Schimkowski, Liga-Vorsitzender, Geschäftsführer im Landesverband der AWO Baden-Württemberg und Birgit Wiloth-Sacherer, Geschäftsführerin im Badischen Roten Kreuz.

[Liga-Vorsitzender wendet sich an Ministerpräsident Kretschmann wegen EU-Haushalt nach 2020](#)

Vorschläge der Liga der freien Wohlfahrtspflege für einen sozialen und inklusiven EU-Haushalt nach 2020

2018 wird ein entscheidendes Jahr für die Zukunft der Europäischen Union. Prägend werden dabei die Verhandlungen über einen neuen EU-Haushalt sein, der ab 2021 in Kraft treten wird.

Die Ausgestaltung des nächsten EU-Haushaltes wird entscheidend dafür sein, welche Politiken und Förderprogramme die EU in den sieben Jahren ab 2021 umsetzen wird. Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg setzt sich für einen sozialen und inklusiven EU-Haushalt ein und bittet dafür um Ihre Unterstützung. Einen besonders wichtigen Ausgabenposten stellen die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds dar. Dank dieser EU-Gelder werden neue Lösungen für europaweite Herausforderungen gefunden, wie beispielsweise zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, zur Integration von Migrant(inn)en und Flüchtlingen oder zur Senkung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.

[Teilhabe von Menschen mit Behinderung](#)

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. begrüßt den in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg. Der Gesetzentwurf setzt erste Eckpunkte für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg. Er eröffnet so Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung und individuelle, personenzentrierte Unterstützungsangebote dort, wo die Menschen leben und wohnen. Er sieht vor, dass die 44 Stadt- und Landkreise weiterhin Leistungsträger der Eingliederungshilfe sind.

AWO

DER PARITÄTISCHE

[Fachkongress „Zukunftsmodell \(Sozial-\)Genossenschaften“](#)

Stuttgart 07.02.2018 Auf dem Fachkongress „Zukunftsmodell (Sozial-)Genossenschaften“ diskutierten heute in Stuttgart über 120 Expertinnen und Experten aus der Wohnungswirtschaft, Freien Wohlfahrtspflege, Städten und Kommunen über Sozialgenossenschaften als zukunftsweisendes Strukturmodell im Rahmen der Quartiers- und Sozialraumorientierung auch in Baden-Württemberg. Im Zuge des demografischen Wandels gewinnt der Sozialraum als Ort der Gemeinschaft zentral an Bedeutung. Aus bürgerschaftlichem Engagement für das soziale Umfeld, den Stadtteil und das Gemeinwesen bilden sich zunehmend lokale Initiativen, die sich in neuen Genossenschaften organisieren. Es geht dabei um die Verknüpfung von Wohnung, Nachbarschaftshilfe, Kultur, Betreuung und Unterstützung im Quartier. Aufgrund der gleichberechtigten Mitgliedschaft und gemeinnützigen Organisationsform sind Sozialgenossenschaften strukturell dafür geeignet. Veranstalter waren der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg und Integrative Wohnformen e.V.

Land will Arbeitshilfe zur Erkennung von Kindeswohlgefährdung für Jugendämter entwickeln

Stuttgart 15.02.2018 Das Land und der Kommunalverband für Jugend und Soziales haben gemeinsam ein Konzept für die Stärkung des Kinderschutzes im Land auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die baden-württembergischen Jugendämter dabei zu unterstützen, ihre Verfahren zum Kinderschutz kontinuierlich weiterzuentwickeln. Zur Entwicklung einer Arbeitshilfe für Jugendämter zur besseren Früherkennung und Einschätzung von Kindeswohlgefährdung soll eine Arbeitsgruppe von Experten/innen aus Wissenschaft und Praxis eingerichtet werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Baden-Württemberg appellieren an das Land, sich auch die Expertise von Akteuren der Freien Wohlfahrtspflege einzuholen.

Bundestag berät über Vorschläge zur Änderung des Gesetzes „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ (§ 219a StGB)

Stuttgart, 21.2.2018 Der Bundestag berät morgen (Donnerstag) in erster Lesung über drei Gesetzentwürfe von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die FDP zum Paragraph 219a des Strafgesetzbuches „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“. Die Fraktionen machen sich für eine Abschaffung beziehungsweise Einschränkung des Straftatbestands stark. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und pro familia Baden-Württemberg fordern die ersatzlose Streichung des § 219a StGB. Der freie Zugang zu Information gehöre zu den höchsten demokratischen Errungenschaften und ist die Grundlage dafür, selbstbestimmt und fundiert Entscheidungen treffen zu können, so die Verbände. Anlass für die Gesetzesinitiative der Fraktionen war die Verurteilung einer Gießener Ärztin wegen eines Verstoßes gegen § 219a StGB.

DIAKONIE BADEN

Eine Profilierung des Sozialen

Nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Baden, Urs Keller, kann der von Union und SPD vorgelegte Koalitionsvertrag das Leben von hilfebedürftigen Menschen verbessern. Im Vergleich zum Ergebnis der Sondierungsgespräche sei es gelungen, das Soziale deutlicher zu profilieren.

Migration und Integration: Im Bereich der Flüchtlingshilfe sieht Keller ein Signal des Bundes, Länder und Kommunen bei der Bewältigung des Flüchtlingszuzugs mehr zu unterstützen. Für ihn sei es aber eine große Enttäuschung, dass beim Thema Familiennachzug keine Verbesserungen mehr erreicht worden seien. Pro Monat tausend Menschen den Familiennachzug zu ermöglichen sei politisch gewollt, humanitär aber nicht akzeptabel. Die Einführung von Ankunfts- und Rückführungszentren sieht Keller ambivalent. Wenn die Zentren in der Lage seien, Verfahren zu beschleunigen und schneller Klarheit über die individuellen Bleibeperspektiven zu schaffen, wenn die Verhältnisse in den Einrichtungen angemessen seien, dann sei das für ihn ein guter Ansatz. Keinesfalls aber dürften Menschen kaserniert, bzw. Abstriche bei der Betreuung gemacht werden. Das werde die Diakonie aufmerksam beobachten. Die Pläne der Koalitionäre, Fachkräfte gezielt nach Deutschland zu holen, beurteilt Keller ambivalent. Auf der einen Seite brauche Deutschland geordnete Zuwanderung, ein Einwanderungsgesetz. Auf der anderen Seite dürfe Deutschland sein demografisches Problem nicht auf Kosten anderer Länder lösen, die die eigenen Fachkräfte selber gut gebrauchen könnten.

Diakonie Baden mit neuem Aufsichtsrat



Das Diakonische Werk Baden hat einen neuen Aufsichtsrat. Neuer Aufsichtsratsvorsitzender ist der evangelische Theologe Prof. Dr. Traugott Schächtele. Der 1957 in Wolfenweiler geborene Schächtele ist Prälat für den Kirchenkreis Nordbaden der Evangelischen Landeskirche.

DIAKONIE WÜRTTEMBERG

Das Soziale wieder mehr ins Zentrum stellen

Die Diakonie Württemberg wünscht der neuen Regierung ein segensreiches Wirken und gibt ihr Erwartungen und Empfehlungen mit auf den Weg.

Stuttgart, 7. Februar 2018. Einen Fahrplan der Parteien zur Reformierung der Pflegeversicherung vermisst die Diakonie Württemberg. „Ohne eine strukturelle Reform der Pflegeversicherung ist die Pflege alter Menschen in Deutschland langfristig nicht gewährleistet“, betont Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Dazu gehöre zum Beispiel die Gleichbehandlung der stationär

Gepflegten mit den ambulant Versorgten. Derzeit bezahlen in Heimen versorgte Menschen einen höheren Eigenanteil. „Für eine Strukturreform der Pflege ist eine grundlegende Verbesserung des Finanzierungssystems notwendig. Darüber muss ein gesellschaftlicher Diskurs begonnen werden. Diese Chance ist vertan worden.“

CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART

[427.000 Euro für Kampf gegen Fluchtursachen und für menschenwürdiges Leben](#)

Stuttgart / Rottenburg, 2. Februar – Menschen nach der Flucht helfen und Fluchtursachen bekämpfen – für dieses Ziel haben die Leser der Schwäbischen Zeitung großzügig gespendet: Genau 427.173,33 Euro erzielte das Medienhaus mit seiner Weihnachtsspendenaktion „Helfen bringt Freude“ 2017. Gemeinsam mit dem Caritasverband Rottenburg-Stuttgart hatte die Schwäbische Zeitung zur Spende aufgerufen. Der Erlös fließt je zur Hälfte in Flüchtlingscamps im Nordirak und in 68 lokale Initiativen im Verbreitungsgebiet der Zeitung, die Projekte in aller Welt unterstützen. Außerdem werden 14 Projekte der Caritas im Verbreitungsgebiet der Zeitung unterstützt, die Flüchtlingen Perspektiven in ihrer neuen Heimat bieten. Am Freitag überreichte der Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung, Hendrik Groth, den symbolischen Spendenscheck an den Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Gebhard Fürst.

[Mehr Chancen für benachteiligte Kinder in Württemberg](#)

Aus Anlass ihres 100-jährigen Bestehens ruft die Caritas in Württemberg unter dem Motto „Kinderarmut wohnt nebenan“ am 24. und 25. Februar zur Fastenopfer-Spende in allen Kirchengemeinden der Diözese Rottenburg-Stuttgart auf. Die Spenden werden für benachteiligte Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Württemberg eingesetzt. Dabei verbleiben 40 Prozent der Sammlung in den Kirchengemeinden für ihre sozialkaritative Arbeit. Der andere Teil geht an verschiedene Dienste und Projekte der Caritas hier im Südwesten und an den Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF).

CARITAS FREIBURG

[Achtsam zu Hause pflegen und begleiten](#)

Diözesan-Caritasverband und Caritasverband Hochrhein entwickeln zusammen mit der AOK Baden-Württemberg einen Spezialkurs für pflegende Angehörige

Freiburg (cpi). Mehr als zwei Drittel der pflegebedürftigen Familienmitglieder, Erwachsene und Kinder, werden daheim in den eigenen vier Wänden von ihren Angehörigen betreut oder gepflegt. Die Pflege kann allerdings auf Dauer zu einer körperlichen und seelischen Belastung für alle Beteiligten werden. Um dieser Belastung entgegen zu wirken, haben der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg und der Caritasverband Hochrhein in Zusammenarbeit mit der AOK Baden-Württemberg jetzt einen speziellen Kurs entwickelt. Das neue Angebot, das von der Krankenkasse finanziert wird, heißt „Achtsam zu Hause pflegen und begleiten“ und richtet sich an

pflegende Angehörige oder an Eltern, die ein Kind mit Behinderung haben. Angeboten wird er künftig von Sozialstationen der Caritas, die sich dafür qualifiziert haben.

Jahresauftakt: Zu wenige und zu teure Wohnungen gefährden sozialen Zusammenhalt

Caritas-Jahresthema „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“: Wohnen darf kein Luxus sein – Gewinner des 29. Caritas-Journalistenpreises ausgezeichnet

Stuttgart, 7. Februar – Eine eigene Wohnung ist weit mehr als ein Dach über dem Kopf. Sie bietet Schutz und einen Rückzugsort. Wohnraum ist im Südwesten aber zur Mangelware geworden. Ein Haushalt in Baden-Württemberg gibt derzeit im Schnitt fast ein Viertel seines Einkommens für Wohnen aus. Arme Haushalte bringen durchschnittlich sogar 43 Prozent ihres Nettoeinkommens dafür auf. Da sich viele Menschen die hohen Mieten nicht mehr leisten können, werden einzelne Bevölkerungsgruppen allmählich aus Stadtvierteln verdrängt. Unter ihnen sind Familien mit Kindern, aber auch Rentner oder Menschen mit Berufen, die unsere Gesellschaft so dringend braucht wie die Krankenschwester, die Erzieherin oder der Polizist. Angesichts dieser Tatsache stellt sich die Caritas Baden-Württemberg unter dem Motto „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ die Frage, wie ein privater Schutzraum zu bezahlbaren Preisen für jeden Menschen möglich wird. Beim Caritas-Jahresauftakt im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart regte der katholische Wohlfahrtsverband an über Möglichkeiten nachzudenken, wie sich Stadtteile auch in Zukunft aus allen möglichen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammensetzen können. Denn – so das Fazit – wenn immer mehr Menschen auf dem Wohnungsmarkt chancenlos sind, gefährdet dies den sozialen Zusammenhalt und Frieden in unserer Gesellschaft.

Die Richtung stimmt

Freiburg / Stuttgart – „Die Richtung stimmt“. So bewertet die Caritas Baden-Württemberg die bekannt gewordenen Pläne der Landesregierung, die Pflege- und Beratungsstrukturen zu verbessern. In dieser Einschätzung sind sich die Caritas Baden-Württemberg und die ihr angeschlossenen Dienste und Einrichtungen einig. „Wir begrüßen den geplanten Ausbau örtlicher Beratungsangebote. Wenn das Land die kommunale Verantwortung stärkt und die Bürger die Angebote flexibler nutzen können, entspricht das den jahrelangen Forderungen der Caritas“, so die beiden Caritas-Vorstände Mathea Schneider (Freiburg) und Dr. Anette Holuscha-Uhlenbrock (Stuttgart).

Eng mit der Caritas verbunden

Freiburg (cpi). Weihbischof Bernd Uhl, dessen Amtsverzicht Papst Franziskus am Montag (19. Februar) angenommen hat, ist seit vielen Jahren eng mit der Caritas in der Erzdiözese Freiburg verbunden. Seit 1999 steht er an der Spitze des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg, zunächst als Vorsitzender des Verbandes und seit einer Satzungsänderung 2014 mit der Einführung eines hauptberuflichen Vorstands als Vorsitzender des Diözesan-Caritasrates, dem Aufsichtsgremium des Verbandes. Mit der Annahme seines Rücktritts wird dieses Amt nun vakant. Bis auf weiteres wird der stellvertretende Vorsitzende Peter Weiß den Diözesan-Caritasrat leiten.

[Caritas-Projekt begleitet Langzeitarbeitslose auch nach erfolgreicher Vermittlung in den Job](#)

Freiburg / Stuttgart – Trotz guter Lage am Arbeitsmarkt fällt es langzeitarbeitslosen Menschen schwer, beruflich Fuß zu fassen. Die Caritas unterstützt daher mit dem Projekt NIL 3.0 (nachhaltige Integration langzeitarbeitsloser Menschen) Langzeitarbeitslose an sieben Standorten in ganz Baden-Württemberg, damit sie Arbeit finden und dieser dauerhaft nachgehen können. Das baden-württembergische Ministerium für Soziales und Integration fördert NIL 3.0 nun weitere drei Jahre durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie durch Landesmittel mit einer Million Euro. Damit wird das seit 2013 geförderte Projekt bis Ende 2020 verlängert.

NOTIZEN

TERMINE

[save the date Transnationaler Fachtag „Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit“](#)

Transnationaler Fachtag „Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit“

8. Juni 2018 von 9:30 bis 15:00 Uhr im Kursaal Bad Cannstatt

Die Landesregierung Baden-Württemberg verfolgt im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2014-2020 gezielte Strategien, die einen Einstieg von Langzeitarbeitslosen in nachhaltige und existenzsichernde Beschäftigung fördern.

Damit steht das Land Baden-Württemberg nicht allein, denn auch in den europäischen Nachbarstaaten in der Donaauraum-Region steht die Bekämpfung verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit auf der Agenda.

[1. Paritätischer Gesundheitskongress in Kooperation mit der BGW „Apfel. Zukunft. Achtsamkeit. Führung 4.0“](#)

Termin: Dienstag, 24.04.2018 von 10.00 bis 16.30 Uhr

Ort: Print Media Academy, Kurfürstenanlage 60, 69115 Heidelberg

Veranstalter: DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg,

Gesundes Arbeiten zahlt sich gerade in Zeiten des demographischen Wandels und der Digitalisierung aus. Was die Sozialwirtschaft mit Hilfe von betrieblichem Gesundheitsmanagement dafür tun kann, erfahren Sie auf dem 1. Paritätischen Gesundheitskongress in Kooperation mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW).



1. PARITÄTISCHER GESUNDHEITSKONGRESS
IN KOOPERATION MIT DER BGW

Fortbildungsreihe Integrationsmanager*innen



Der Pakt für Integration verfolgt in Baden-Württemberg das Ziel, geflüchtete Menschen in der Anschlussunterbringung gezielt zu unterstützen und zu stärken. Zentral ist dabei der Einsatz von Integrationsmanager*innen. Neben der individuellen Förderung von Menschen mit Fluchthintergrund in der Anschlussunterbringung steht die Stärkung der Selbstständigkeit im Vordergrund.

Als Integrationsmanager*innen werden Fachkräfte der Sozialen Arbeit bzw. Fachkräfte mit vergleichbarer Qualifikation eingesetzt. In engem Rahmen können auch andere qualifizierte Personen eingesetzt werden. ([Flyer als PDF](#))

Deutscher Fürsorgetag

15. bis 17. Mai 2018 „Zusammenhalt stärken – Vielfalt gestalten“ ist das Motto des 81. Deutschen Fürsorgetages. In ca. 40 Workshops und Fachvorträgen wird dabei der Fokus vor allem auf die Themenbereiche Integration, Inklusion und Identitäten gerichtet.



**Zusammenhalt stärken –
Vielfalt gestalten**

15.–17. Mai 2018 • Stuttgart

● **Deutscher Fürsorgetag**

In diesem Rahmen sind die Ligaverbände der freien Wohlfahrtspflege in Forum 2.11. mit Referent*innen aus Migrantenselbstorganisationen vertreten und gehen der Frage zur Rolle des freiwilligen Engagements von Migranten nach.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: infodienst@liga-bw.de | www.liga-bw.de

Redaktion:

Eva Weiser M.A.